

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

22.2.1930 (No. 46)

ganze Kabinett und die sämtlichen in der Koalition vertretenen Parteien haben sich hinter diese Forderung gestellt!

In Berlin ist heute der österreichische Bundeskanzler Schöber zum Besuch der deutschen Reichsregierung eingetroffen. Von österreichischer Seite wird die Wiener Politik der letzten Monate dahin interpretiert, daß die **Aufnähmung freundschaftlicher Beziehungen zu Mussolini** die Brücke abzugeben habe, die von Rom nach Berlin führt. Nun, das ist eine politische Konstruktion, die in Deutschland sicherlich nicht auf Ablehnung stoßen wird. Den italienischen Interessen entspricht sie ja durchaus.

Italien ist, weltpolitisch gesehen, ziemlich isoliert. Es hat mit der Rivalität Frankreichs zu rechnen, stößt im Mittelmeer allenthalben auf den englischen Einfluß und hat an der Adria an Stelle der Habsburger Monarchie den jugoslawischen Staat als Konkurrenten sitzen. Schon vor einiger Zeit hatte Mussolini sehr freundlich nach Budapest hinübergewinkt, um Ungarn als etwaigen Bundesgenossen gegen Jugoslawien zu gewinnen. Und jetzt hat sich Mussolini in Rom mit Herrn Schöber an den Tisch gesetzt, um auch Deutsch-Osterreich in das System italienischer Bündnispolitik einzufügen. Die Krönung des ganzen Werkes wäre dann die Herstellung **besonders enger Beziehungen zu Deutschland**.

Der phantastische Historiker scheint bereits in der Ferne die Umrisse einer neuen Konstellation, die dem alten Dreieck recht ähnlich sieht, nur daß eben jetzt die aus der Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie hervorgegangenen slavischen Staaten einem andern Bündnisystem, dem französischen, angehören. Auch der nüchterne Politiker wird alle diese Bündnis-politischen Bestrebungen mit Ernst verfolgen. Wir haben schon mehrfach an dieser Stelle betont, daß auch Deutschland unter den nun leider einmal gegebenen Verhältnissen nichts anderes übrigbleibt, als Bündnispolitik zu treiben. Und, solange bei uns die offene Wunde im Osten klappt, solange die territorialen Bestimmungen des Vertrages von Versailles hinsichtlich unserer Ostgrenzen nicht korrigiert sind, können wir naturgemäß bei allem ehrlichen Streben nach Verständigung keinem Bündnisystem beitreten, welches Polen einen Zustand garantiert, der sicherlich die schlimmste Vergewaltigung bedeutet, die uns überhaupt im Friedensvertrag zugefügt wurde.

Das deutsche Volk wird den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin sicherlich mit Freude begrüßen. So weit wir sehen konnten, hat die deutsche Presse auch dem Besuch Schöbers in Rom durchaus Verständnis entgegengebracht. Neben der großen Politik werden ja bei den Berliner Besprechungen auch noch die handelspolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland eine Rolle spielen.

Die Regierungskrisis in Paris ist einstweilen beendet, der Führer der Radikalen, Herr Chaumets, ist mit der Kabinettsbildung beauftragt worden. Sein Kabinett stützt sich auf die bürgerliche Linke und ist praktisch, das heißt bei Abstimmungen, von der Gnade der Sozialisten abhängig. Briand ist Außenminister in diesem Kabinett geblieben.

Auf der Flottenkonferenz in London hat man sich allmählich so auseinander geredet, daß man kaum sagen könnte, wie jetzt noch eine einigermaßen erprobliche Einigung zustande kommen soll. Zwar überzeugen sich angeht die furchtbaren Erfindungen auf dem Gebiet

Karlsruher Konzerte

Klavierspiel von allerbesten Durchbildung und trefflicher Gestaltung, man hatte es von **Alfred Gnehm**, dem Solisten des Abends, nicht anders erwartet, und deshalb zeigte wohl das fünfte Volkskonzert

ein erfreulicherweise sehr gut besuchtes Haus. Der Frankfurter Pianist spielte die **Violente** von Richard Strauß, jenes heute von seinem Schöpfer ein bißchen gering geachtete Nebenwerk, das deswegen auch ohne Opuszahl blieb, aber knapp vor der fünfsätzigen Sinfonie „Aus Italien“ (op. 16) entstand. Man hat nicht mit Unrecht von dieser Jugendarbeit gesagt, hier habe Strauß erstmals sich selbst gefunden, das ist noch heute ihre Bedeutung, und besonders originell der Anfang, der das Thema von vier Klängen bringen läßt und auch weiterhin das Melos des Klaviers öfters dem rumorenden Schlagzeug gegenüberstellt. Sehr schade ist freilich, daß der Scherz nur 17 Minuten dauert und damit für ein richtiges Klavierkonzert kaum ausreicht. Das war denn auch das einzige, was die Zuhörer an der glänzenden Wiedergabe auszufehen hatten; und wie sehr sie nachher den Solisten beströmten, er ließ sich zu keiner Zugabe bewegen, was in diesem Ausnahmefall immerhin statthaft und sogar erwünscht gewesen wäre.

Das weitere Programm mußte deshalb in Fachkreisen besondere Aufmerksamkeit erregen, weil unser junger Stabführer **Rudolf Schwarz** für die ursprünglich angekündigte **Große** eine **Brücker-Sinfonie** eingetauscht hatte, und zwar die **Sexte** gerade, die sonst von den Dirigenten ob ihrer herben Sprödigkeit — mehr als ihre Geschwister scheint sie von der Orgel her empfangen — ängstlich gemieden wird. Natürlich konnte es auch dem diesmaligen Leiter trotz bemerkenswerten Einfaches seiner Persönlichkeit nicht überall gelingen, ein so gutes Auführungs-niveau wie z. B. im Scherzo zu wahren und das Strömende dieser Musik wirklich fühlbar zu machen. Insbesondere über dem **Adagio**, der eigentlichen Herdstelle des Wertes, lag noch zuviel äußere Abgeriffenheit statt einer bis zu dessen innerster Grundstimmung vordringenden Ruhe. Gleichwohl ist dem Nachschaffenden ein großes Verdienst nicht abzuspüren, insofern er sich überhaupt an die ungeheure Spannweite dieses Klavierwerkes heranwagte und seine vierteljährige Gestaltungsform der Fassungskraft der Hörer näherbrachte. Eine von **Robesse** und **Naturlichkeit** des Musizierens getragene Darbietung von **Handys G-Dur-Sinfonie** (mit dem **Rautenschlag**) hatte den Abend eingeleitet.

Universität Köln. Das Sommersemester 1930 beginnt am 10. April. Vorlesungsbeginn: Donnerstag, den 24. April. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitätssekretariat gegen Einzahlung von 50 Pf. und 15 Pf. Porto bezogen werden.

des Gasriegs die Diplomaten und Militärs immer mehr davon, daß der Krieg der Zukunft ein selbstmörderischer Wahnsinn wäre; aber faktisch steht doch auch heute noch die Politik aller Großmächte im Dienste einer militärischen Vorbereitung des Krieges. Und von wirklicher, umfassender Abrüstung wird weniger gesprochen denn je.

Aus den Ländern

Sparmaßnahmen in Hessen beantragt

Der Finanzausschuß des Hessischen Landtages trat am Freitag in die Beratung der Vorberatungen zum Haushaltsvoranschlag für 1930 ein. In der Aussprache beantragte die Deutsche Volkspartei die Auflösung der Ministerien für Arbeit und Wirtschaft und für Justiz. Der Antrag wurde damit begründet, daß die Zahl der Minister in Hessen in Anbetracht der Finanzlage des Landes zu groß und, wie das hessische Beispiel zeige, eine Verminderung der Ministerien möglich sei. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium solle dem Ministerium des Innern, das Justizministerium dem Finanzministerium angegliedert, außerdem solle die hessische Gesandtschaft in Berlin aufgehoben werden. Der Antrag wird in der nächsten Woche zur Abstimmung kommen.

Die Mißtrauensanträge in Preußen

Der Preussische Landtag nahm am Freitag die Abstimmungen über die beiden Mißtrauensanträge gegen den Ministerpräsidenten Braun vor. Mit genau dem gleichen Stimmverhältnis, nämlich mit 217 gegen 198 Stimmen wurden sowohl das Mißtrauensvotum wegen der Besetzung des Unterrichtsministeriums mit einem Sozialdemokraten als auch der Mißtrauensantrag wegen der Zustimmung der Staatsregierung zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen im Reichsrat abgelehnt. In beiden Fällen stimmten Sozialdemokraten und Zentrum gegen die Anträge, für die sich die Kommunisten und die gesamte Rechtsopposition einschließlich der Deutschen Volkspartei einsetzten.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt dazu, daß sie durch diese Stellungnahme nicht der Entscheidung der Reichstagsfraktion über das Liquidationsabkommen vorgehen wollte. Für diese Entscheidung sei nur die Reichstagsfraktion zuständig. Es seien preussische Interessen gewesen, die die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei bedingten.

Die erste Lesung des neuen Strafrechts abgeschlossen

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages konnte am Freitag die erste Lesung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafrechtsgesetzes zu Ende führen.

Reichsjustizminister v. Guérard sprach dem Ausschuss, und vor allen Dingen dem Vorsitzenden des Ausschusses, Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) den wärmsten Dank der Regierung aus. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die zweite Lesung bis zum Ende des Herbstes abgeschlossen werden könnte. In herzlichsten Worten schloß sich dem Ausschuss Abg. Landberg (Z.) dem Dank für den Vorsitzenden an. Wenn das Werk zum Ziele führe, dann sei das vor allem dem Vorsitzenden zu danken, diesem Manne, dessen umfassende Kenntnisse nur durch seinen tiefen moralischen Ernst übertroffen würden, und der mit jugendlichem Eifer die Verhandlungen geleitet habe. Seine Persönlichkeit könne aus diesem Ausschuss überhaupt nicht wegedacht werden. — Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) wandte sich zum Schluß in Worten des Dankes an den Ausschuss und an die Mitglieder der Reichsregierung.

Alkoholverbot

Der Volkswirtschaftl. Ausschuss des Reichstages beendete die 1. Lesung des Schankstättengesetzes, den er in „Gaststättengesetz“ umgetauft hat. Dabei wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Zentrums und der Abg. Dr. Straßmann (D. Natl.) und Hartwig (Christl. Natl. Arbeitsgem.) ein von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachter Antrag angenommen, der die **Verkauf** für alkoholische Getränke in öffentlichen Verkaufsstellen und **Verkehrsanstalten** verbietet.

Die zweite Lesung des Entwurfs beginnt am nächsten Donnerstag. Dazu ist noch zu bemerken, daß der Regierungsentwurf zum Schankstättengesetz nur ein **Verkauf** für Trinkbranntwein in öffentlichen Verkaufsstellen und Verkehrsanstalten vorgesehen hatte. Von der Deutschen Volkspartei wurde im Ausschuss die Streichung dieser Bestimmung beantragt. Mit Rücksicht auf die Stellungnahme der beteiligten Wirtschaftskreise hatte sich die Regierung auch mit dieser Streichung einverstanden erklärt. Trotzdem wurde der Streichungsantrag abgelehnt, und sogar die oben mitgeteilte **Verstärkung** der Bestimmung beschlossen, die ein **Verkauf** nicht nur für Trinkbranntwein, sondern für alle alkoholischen Getränke bedeutet.

Verweise für preussische Landräte

Bei dem Kampf um das Volksbegehren hat eine Reihe von Landräten in Kommern, Ostpreußen und Schlesien die Aufgabe, die die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten gegen das Volksbegehren erlassen hatten, nicht mitunterzeichnet. Wie jetzt dem „V. Z.“ zufolge verlautet, haben diese Landräte, die sich gegen die Politik der preussischen Staatsregierung gestellt haben, einen Verweis erhalten, und der preussische Innenminister hat ihnen mitgeteilt, daß ihr „Verhalten eine bedauerliche Verkennung der Pflichten darstelle, die einem politischen Beamten obliegen“.

Dr. Fried plant ein Schulgebet gegen den Versailler Vertrag

Der Fraktionsführer der Nationalsozialistischen Partei im Thüringer Landtag, Abg. Sander, hat in nationalsozialistischen Versammlungen mitgeteilt, daß der thüringische Innen- und Volksbildungsminister Dr. Fried beabsichtige, eine Verordnung ergehen zu lassen, durch die in allen Schulen Thüringens ein tägliches Gebet eingeführt werden soll. Da die Nationalsozialistische Partei sich für die Beseitigung des Versailler Vertrages einsetze, besteihe die Absicht, dem Gebet die Worte „Herr, mach' uns frei!“ anzufügen.

Kommerzienrat **Heinrich Meußbrücker** in Kumbach, der am Donnerstag nach mehr als drei Monate langer Haft auf freien Fuß gesetzt worden war, erlitt einen Herzversagen. Er wird auf längere Zeit ein Sanatorium aufsuchen müssen. In **Detroit** (Michigan) wurde der 75jährige Angestellte eines chemischen Laboratoriums, **James Vater**, verhaftet. Er stand, in den letzten Jahren 8 Menschen mit Gift umgebracht zu haben. Die einzelnen Verbrechen hat er in verschiedenen Erdbteilen begangen. Vater will jedesmal unter einer plötzlichen Eingebung gehandelt haben.

Gib Deinem einen kräftigeren, herzhafteren Geschmack: nimm **„Frank“**!

Die Probefahrt der „Europa“

Der neue deutsche Riesendampfer

Der neue Riesenschiffdampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd hat heute vormittag von Hamburg aus seine Probefahrt begonnen, nachdem das Schiff durch den niedrigen Wasserstand der Elbe in den letzten Tagen am Auslaufen verhindert war.

Das Schiff hat eine Länge von 285 Metern, eine Breite von 31 Metern, eine Seitentiefe von 27,2 Metern und ist eingerichtet für die Beförderung von 800 Passagieren in der 1. Klasse, 500 Passagieren in der 2. Klasse, 300 Reisenden in der Touristenklasse, die auf 500 Reisende durch Hinzuziehung von Näumlichkeiten der 2. Klasse erhöht werden kann, und von 600 Passagieren der 3. Klasse. Wie bei dem Schwesterdampfer „Bremen“, so ist auch bei der „Europa“ auf die **Sicherheitseinrichtungen** der größte Wert gelegt. Der Dampfer ist u. a. mit großen ununtersinkbaren Rettungsbooten ausgerüstet, die sämtlich **Rotocantien** haben. Genau wie der Schnelldampfer „Bremen“ soll auch die „Europa“ die Reise von Bremerhaven nach **New York** in sechs Tagen zurücklegen. Ein besonderes Kapitel ist die **Innenarchitektur** und die künstlerische Ausgestaltung der Räume, wozu eine Reihe der namhaftesten und modernsten deutschen Innenarchitekten herangezogen wurde. Die Führung des neuen Schnelldampfers „Europa“ ist dem bewährten **Commodore N. Johnson**, dem bisherigen Kapitän des Dampfers „Columbus“ übertragen.

WBB, Hamburg, 22. Febr. (Tel.) Die „Europa“, deren bevorstehende Ausfahrt eine unübersehbare Menschenmenge angelockt hatte, hat sich gegen 9 Uhr mit Hilfe von Schleppern langsam vom Ausrichtungsstai der Werft nach dem Strom bewegt, um von den **Altonaer Landungsbrücken** mit steigendem Wasserstand die Fahrt elabwärts fortzusetzen. Flugzeuge umkreisten niedrig das Schiff. Die Viertelstunde von 10.30 bis 10.45 brachte die entscheidende Wendung. Mit einem überraschend schnellen Manöver kam die „Europa“ aus dem Hafengebiet heraus und ging sogleich ins Fahrwasser. In ihrer ganzen Ausdehnung bot sie bei der Altonaer Landungsbrücke noch einmal ein überwältigendes Bild. Noch einmal ein Rückwärtsgang, dann setzte langsam, aber stetig schneller werdend die Fahrt elabwärts ein.

Kurze Nachrichten

Ein Aufruf der Sozialdemokratischen Partei. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Niederschlagung des Kapp-Putschs veröffentlicht die Sozialdemokratische Partei in „Vorwärts“ einen Aufruf „An das republikanische Deutschland“, in dem alle republikanisch Gesinnten im Lande aufgefordert werden, am 16. März ein Fest der Erinnerung zu begehen, als Mahnung zur Einigkeit und als Warnung an alle Feinde der Republik.

Der Tarifkonflikt in der württembergischen Textilindustrie. Die von Arbeitnehmerseite beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die württembergische Textilindustrie ist vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden. Es bleibt somit der fast seit einem Jahr dauernde tariflose Zustand in dieser Industrie weiter bestehen.

Aufhebung von Polizeimaßnahmen gegen Südtiroler. Mussolini hat sämtliche bisher aus politischen Gründen gegen „Fremdstämmige“ in Südtirol verhängte Polizeimaßnahmen aufgehoben und angeordnet, daß der einzige zu einer Aufenthaltsbeschränkung verurteilte Südtiroler, **Dr. Rieger**, freigelassen und leichtere Polizeistrafen von weiteren acht Personen rückgängig gemacht werden.

Zum spanischen Außenminister ist der bisherige Unterrichtsminister **Herzog von Alba** ernannt worden.

Unumschränkte Vollmacht für die türkische Regierung. Die türkische Nationalversammlung hat einstimmig einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung für die Dauer von drei Jahren unumschränkte Vollmacht für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und den Schutz der türkischen Währung erhält. Es verlautet, daß strengere Bestimmungen über Devisengeschäfte vorbereitet werden.

Der „Fluch des Pharaos“

Aus Gram über den Tod seines Sohnes und Erben, so lautet die polizeiliche Mitteilung, hat sich am Freitag in London der 75jährige **Lord Westbury** aus dem Fenster seiner Wohnung im 7. Stock eines vornehmen Hauses im Westen in die Tiefe gestürzt. Der Selbstmord hat den alten Übergläubigen an den „Fluch des Pharaos“ wieder belebt, der angeblich jeden trifft, der mit denen in Zusammenhang steht, die den Sarg im Tal der Könige führen.

Der junge Lord Westbury, der der Sekretär des Lords Howard Carters, des Leiters der Ausgrabungsarbeiten am Grab Tutankhamens gewesen war, starb im November v. J. Er wurde im Bath Club in seinem Zimmer, das er in vollstem Wohlbehagen aufgesucht hatte, tot aufgefunden. In den Kreisen, die mit dem Bekannten des „Fluches des Pharaos“ spielen, werden nach dem Selbstmord des alten Lord Westbury nochmals die genannt, die nach ihrer Meinung von dem Schicksal ihrer Beteiligung an der Öffnung des Grabes des Königs Tutankhamens ereilt wurden. Es sind Lord Carnarvon, der die Ausgrabungen finanzierte und einige Wochen nach der Öffnung des Grabes Tutankhamens starb, Sir Archibald Douglas Reid, der sich bereit erklärte, von der Mumie eine Röntgenaufnahme zu machen, Professor Raffles von der Mc Gill-Universität, der das Grab besuchte hatte, **Miss White**, der Selbstmord beging und die Mitteilung hinterließ, er glaube, der Fluch habe ihn ereilt, der französische Archäologe **Benedite** und sein Kollege **Casanova**, die sich an den Forschungen beteiligten, der Stiefbruder Lord Carnarvons, **Oberst Herbert**, der an der Öffnung des Grabes teilnahm, der amerikanische Eisenbahnmagnat **Jay Gould**, der kurz nach dem Besuche des Grabes mit Lord Carnarvon zusammen einer Lungenentzündung erlag, **Prinz Ali Fahmy Bey**, ein reicher Ägypter, der unter geheimnisvollen Umständen bald nach einem Besuch des Grabes erschossen wurde, sein Privatsekretär, der ihn begleitet hatte, und bald darauf starb, **Miss Grell**, eine Dame der amerikanischen Gesellschaft, die nach einer Besichtigung des Grabes nach Amerika zurückgekehrt, in Chicago Selbstmord beging. **Dr. Carver**, der bei der Öffnung des Grabes mithalf und später bei einem Automobilunfall getötet wurde, sowie sechs französische Schriftsteller und Journalisten, die Tutankhamens Grab und seinen Inhalt besichtigten hatten.

Lord Westbury, der gestern als Zwanzigjähriger den Tod fand, hinterließ mehrere Briefe, von denen einer mit dem Satz beginnt: „Ich kann die Schreden nicht länger mehr ertragen“. Die Gerichtsärzte sprechen von einem Selbstmord in geistiger Ermattung.

Der Erbe des Lords ist nun sein 15jähriger Enkel, dessen Mutter schon wiederholt öffentlich erklärt hat, daß sie nicht an den Fluch des Pharaos glaube, und als Beweis dafür immer anführt, sie habe ihrer Tochter den Namen der königlichen Gesährtin Tutankhamens, **Mefertach**, gegeben.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(33. Sitzung)

23. Karlsruhe, 21. Febr. 1930.

Die Beratung des Voranschlags des Innenministeriums wird beim Kapitel

Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht

fortgesetzt.

Abg. **Marxhoff** (Sozdem.) legt die Gründe dar, weshalb viele Anzeigen beim Gewerbeaufsichtsamt anonym erfolgen. Er beklagt, daß infolge Mangels an Arbeitskräften noch nicht sämtliche Betriebe mindestens einmal im Jahre kontrolliert werden können. Der Redner ist für gründliche Ausbildung der Betriebsräte. Im Bericht des Gewerbeaufsichtsamts mögen künftig die Zahlen für Streiks und Ausperrungen getrennt erscheinen. Die Arbeitszeit werde im allgemeinen eingehalten. Wenn ein Arbeiter in die Lage komme, ein kleines Häuschen oder Grundstück zu erwerben, so sei dies noch lange nicht eine Entproletarisierung (Zurufe). Der Redner schließt mit dem Wunsch auf baldige Verabschiedung des Hausgehilfengesetzes, sowie eines einheitlichen Arbeitsschutzgesetzes und Arbeitsrechts.

Abg. **Seinsmann** (Zentr.) hätte gewünscht, daß für die vertschaffende Erwerbslosenfürsorge noch weit mehr Mittel zur Verfügung ständen. Im Gegensatz zum Vorredner ist der Sprecher der Meinung, daß sich unter bestimmten Voraussetzungen (Melioration usw.) die Entproletarisierung sehr wohl durchführen lasse. So sei es in seiner Heimatgemeinde Hirsingen zur Zeit der Krise einem Teil der Tabakarbeiter gelungen, sich zu kleinen Landwirten umzuwandeln.

Abg. **Fischer-Konstant** (D. Dem. P.) stellt fest, daß das Gewerbeaufsichtsamt Gedeihliches geleistet habe. Die Forderung, daß zur Kontrolle auch Arbeiter herangezogen werden, sei berechtigt. Bei Auflagen möge man auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmer Rücksicht nehmen. Gewiß gebe es Elemente, die mit dem Leben der Arbeiter spielen; aber das sei keine geordneten Betriebe. Die realen, anständigen Betriebe müßten gegen Schmutzkonzurrenz und Puschertum energisch geschützt werden. Der Redner stimmt dem Abg. Heinrich darin bei, daß die Schlichtungsausschüsse zentralisiert werden sollten. Im Interesse des Arbeitsfriedens will Abg. Fischer die Arbeitersekretariate nicht missen. Alle sittlichen Kräfte möchten zusammenwirken, um das Arbeitsverhältnis und das Wohl des Volkes zu fördern. Dazu gebe man aber dem Arbeitgeber auch die nötige Bewegungsfreiheit.

Abg. **Sabernoch** (D. Natl.) zollt dem Gewerbeaufsichtsamt aufrichtige Anerkennung, das mit Erfolg bestrebt sei, dem Arbeitsfrieden zu dienen. An den Betriebsunfällen trügen häufig die Arbeiter selbst die Schuld, da sie die Schutzvorschriften nicht beachteten. Sehr hoch finde er die Summe von 34 000 M für Dienstverletzungen. Aufgabe des Schlichters sei, Recht zu sprechen. Unter allen Umständen müsse eine einseitige Orientierung vermieden werden. Auch die Rechtsauskunftstellen können, unparteiisch aufgezoogen, segensreich wirken. Die Betriebsräte stellen mitunter einseitige, übertriebene Forderungen. Es sei nicht so, wie der Abg. Marxhoff meinte, daß jeder ein Proletarier sei, der gegen Entgelt arbeite. Mancher sei Prolet und kein Proletarier.

Abg. **Wentz** (D. Vp.) bittet alle Wirtschaftskreise, die Aufsichtsbehörde in ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen. Einer kritischen Beurteilung unterzieht der Redner die Verordnung vom 5. Februar 1919 betr. die Ausnahmestellung. An die Polizeibehörden soll eine Anweisung ergehen, wonach von den sechs Ausnahmestellungen nur dann Gebrauch gemacht werden darf, wenn ein tatsächliches Bedürfnis vorliegt und zur Frage der Notwendigkeit Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört worden sind. Erwünscht sei eine baldige generelle Regelung der Sonntagsruhe für das ganze Reich. Zum Schlichtungswesen bemerkt Abg. Wentz, daß ihm eine Uniformierung der Schiedssprüche nicht gefallen könne. Der Prozentsatz der Zuschläge müsse individuell erfolgen.

Abg. **Hermann** (Wirtsch. u. Bauernp.): Das Gewerbeaufsichtsamt sollte bei Kleinigkeiten vorsichtig mit der Bestrafung sein und überhaupt darauf Bedacht nehmen, wie die Dinge praktisch liegen. In der Frage der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe habe der Abg. Wentz den einseitigen Standpunkt der Kaufmannsgesellschaften vertreten. Man sollte den Geschäftleuten, die schwer mit der Existenz zu ringen hätten, nicht die Verdienstmöglichkeit beschränken.

Abg. **Geel** (Ztr.) ist dafür, daß den Gewerbetreibenden in Lauda und Tauberbischofsheim dieselben Vergünstigungen gewährt werden, wie sie in Mergentheim und Würzburg anzutreffen sind.

Abg. **Spielmann** (Wirtsch. u. Bauernp.) unterstreicht, daß die Geschäftswelt jeder Stadt auf ein gewisses Hinterland angewiesen sei. In der Bedürfnisfrage dürfe man nicht vorbeistehen.

Innenminister Wittmann

führt aus: Das dem Gewerbeaufsichtsamt gezollte Lob wird allen Beamten ein Impuls sein, in ihrer Tätigkeit für das Wohl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der bisherigen Weise fortzuführen. Bei kaum veränderter Zahl der Kontrollorgane haben die Kontrollen gleichwohl eine Zunahme erfahren. Für die Ausbildung der Betriebsräte empfiehlt sich die Abhaltung systematischer Kurse. Es ist ein anerkannter Vorzug des Jahresberichts des badischen Gewerbeaufsichtsamts, daß er sich nicht nur in Statistiken erschöpft, sondern auch Fragen von allgemeiner Bedeutung behandelt und so zu einem Lehrbuch für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurde. Es entspricht dies einer guten badischen Tradition. Der Wunsch nach einer Zusammenfassung aller bestehenden Gesetze und Verordnungen in einem einheitlichen Arbeitsrecht wurde vom Minister geteilt.

In bezug auf die Sonntagsruhe steht die Regierung auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß die Sonntagsruhe im allgemeinen erwünscht und erstrebenswert ist. Man gebe es keine Regel ohne Ausnahme. Dafür seien vom Reiche Richtlinien aufgestellt worden. Ausnahmen zuzulassen, ist Sache des Bezirksamts. Bayern hat allerdings von der gebotenen Möglichkeit den weitgehendsten Gebrauch gemacht, und das Landesinteresse gebietet es, dafür zu sorgen, daß die Rundschaft in den der bayerischen Grenze benachbarten Orten nicht ihre Einkäufe außerhalb besorgt. Somit sind noch Ausnahmen für den Schwarzwald zugelassen. Wir sind im übrigen dafür, daß die Zahl der Ausnahmestellen auf ein Minimum beschränkt wird.

Die Aufgabe des Gewerbeaufsichtsamts soll sein: wohlwollend zu kontrollieren und vermittelnd zu wirken, um sich so eine Vertrauensstellung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erringen und zu erhalten.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

Es folgte die Spezialberatung.

Abg. **Wißig** (Soz.) macht Ausführungen zur Frage des Vergewaltens im hinteren Wiesental.

Das gesamte Kapitel Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht, wie es der Haushaltsausschuß beschlossen hat, findet Annahme. Die Positionen für die Arbeitersekretariate und Ausbildung der Betriebsräte haben eine Erhöhung auf 12 500 bzw. 13 000 Reichsmark erfahren.

Angenommen wird ferner der Antrag, die Regierung zu erforschen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit im Grenzland Baden besonders von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gemeinden Reichsmittel darlehensweise zu verbilligtem Zinsfuß auf die Dauer von 5 Jahren zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel dürfen den Gemeinden nur zur Durchführung von Notstandsarbeiten und nur unter der Bedingung gegeben werden, daß dabei Arbeitslose, insbesondere ausgeheuerte, beschäftigt werden.

Der Schutz der älteren Angestellten

Abg. **Wentz** (D. Vp.) begründet darauf eine förmliche Anfrage wegen Maßnahmen zum Schutze der älteren Angestellten. Die auf der Straße liegenden Angestellten über 40 Jahre hätten kaum Aussicht, neue Stellen zu finden. Die materielle und seelische Not in den Reihen dieser Angestellten sei ungeheuer groß. Helfen könne in erster Linie nur eine Änderung der Reichsgesetzgebung. Zunächst müßten aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine neutrale Stelle schaffen, die Richtlinien dafür aufstellt, wie dem Glend der älteren Angestellten gesteuert werden kann. Die badische Regierung möge diesen Schritt in die Wege leiten.

Abg. **Rüdert** (Sozdem.) erhält das Wort zur Begründung der förmlichen Anfrage seiner Fraktion betr. den

Personalabbau im Bankgewerbe

Die Nationalisierung sei zur Mode geworden und äußere sich vornehmlich in der methodischen Entlassung der älteren Arbeiter und Angestellten. Durch den Zusammenbruch der großen Banken sei das Heer der Arbeitslosen weiter vergrößert worden. Angesichts dieser Tatsachen wage man noch, vom Abbau der sozialen Versicherung zu reden. In diesem Zusammenhang wendet sich der Redner scharf gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, ebenso gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Überfüllen die Banken müßten rundweg verboten und dafür gesorgt werden, daß Entlassungen unter sozialen Gesichtspunkten erfolgen. (Während der Rede des Abg. Rüdert herrschte große Unruhe im Hause.)

Abg. **Klausmann** (Komm. P.) begründet den wiedereingebachten Antrag seiner Gruppe zur Lage der Bankangestellten. Namens des Innenministeriums antwortet der Vorstand des Gewerbeaufsichtsamts, Oberregierungsrat **Emele**. Ein Reichsmittel, den Zusammenbruch der Großbanken zu verhindern, besaß die Regierung nicht. Schon im Oktober haben wir uns um die Vinderung des Lohnes der zur Entlassung kommenden Angestellten bemüht. Ferner sind wir an den badischen Giroverband herangetreten mit der Bitte, die Sparkassen möchten bei Neueinstellungen vor allem auf entlassene Bankangestellte zurückgreifen. Er, der Regierungsvertreter, werde sich weiter dafür einsetzen, daß der Abbau bei den Großbanken auf ein Mindestmaß beschränkt wird und Entlassungen nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen. Mit solchen ist für diesen Winter kaum mehr zu rechnen. Die Behörde wird darauf halten, daß die Arbeitszeit nicht über das gesetzliche Maß hinaus überschritten wird. Es ist dies auch der Wunsch der Bankleitung. Es wird ferner erwartet, daß entlassene Angestellte wie bisher eine angemessene Entschädigung erhalten. Nach den Feststellungen vom 29. Dezember v. J. sind von 1879 Bankangestellten 163 entlassen worden, von denen ein erheblicher Teil anderweitig Unterkunft gefunden hat. 146 befinden sich in Rehabilitation, die aber bis zum Frühjahr hinausgeschoben wurde.

Der Stellenmarkt für kaufmännische Angestellte überhaupt hat sich mit der zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaftslage verschlechtert. Aber den Altersaufbau stellt infolge Zeitmangels eine Statistik.

Die Besprechung der Interpellationen findet nachmittags 1/2 Uhr statt.

Schluß nach 1 Uhr.

Aussprache

(34. Sitzung)

23. Karlsruhe, 21. Febr. 1930.

Am Nachmittag tritt das Haus in die Besprechung der förmlichen Anfragen

betr. Schutz der älteren Angestellten und den Personalabbau bei den Banken ein.

Zu Beginn der Sitzung entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte wegen des erneut eingebrachten kommunistischen Antrages. Hierzu legt ein Antrag **Rüdert-Heurich** vor, das kommunistische Verlangen durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären. Es kommt dabei zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vizepräsidenten **Noier** und den Kommunisten. Die Abg. **Lechleiter** und **Böning** erhalten Ordnungsrufe.

In der

Aussprache

nimmt zunächst

Abg. **Heurich** (Zentr.) das Wort. Die Nationalisierung sei in vielen Fällen überflüssig worden. Man habe dabei den Menschen vergessen. Es müßte ein Gesetz geschaffen werden, wonach eine Mindestzahl von älteren Arbeitern und Angestellten beschäftigt werden muß.

Abg. **Dr. Wolfhard** (D. Dem. P.) stellt fest, daß hierin letzten Endes alle Parteien einig seien. Zwar sei eine Senkung der Bankzinsen erfolgt, andererseits aber eine Erhöhung der Provisionen zu verzeichnen, so daß im Endeffekt der Zusammenbruch der Banken denen, die Geld brauchen, nichts gebracht hat. Es sei an der Zeit, durch Reform des Aktienrechts den Kriegergewinnen der Aufsichtsräte auf den Leib zu rücken. Mit dem Abg. Heurich ist der Redner der Meinung, daß Leute mit höchsten Entkommen vorzeitig sein müssen, zum Volke vom Sparen zu reden. Auch das Doppelbedienen müsse verschwinden.

Abg. **Dr. Schmittknecht** (D. Natl.). Wo sich schädliche Wirkungen der Nationalisierung zeigen, müsse eingegriffen werden. In dieser Beziehung findet der Redner die Erklärung der Regierung für befriedigend.

Abg. **Dr. Waldek** (D. Vp.). Die Nationalisierung sei zu weit getrieben worden und habe nicht die daran geknüpften Erwartungen gebracht. Aber es sei nicht so, daß die „böse“ Wirtschaft allein die Schuld trage. Was das Los der entlassenen Bankangestellten betrifft, so seien die maßgebenden Herren der beiden Konzerne Mannheim mit großem sittlichen Ernst und Verantwortungsbewußtsein an die Frage herangetreten. Es sei alles getan worden, um die größten Härten zu vermeiden. Die Entwicklung zu Konzernnen wird vom Redner bedauert, da hierdurch dem Wirtschaftsleben immer mehr selbständige Existenzen entzogen würden.

Abg. **Hübner** (Nat. Soz.). Die Banken müßten unter Staatsaufsicht gestellt, das Geld sozialisiert werden.

Abg. **Lechleiter** (Komm. P.) vertritt in heftiger Rede den kommunistischen Standpunkt der Vernichtung des Kapitalismus.

Innenminister Wittmann

stellt für die Regierung nochmals fest, daß sich diese alsbald um das Los der entlassenen Bankangestellten gekümmert hat. Er persönlich habe bei den leitenden Herren in Mannheim durchaus Verständnis gefunden. Die Bemühungen der Regierung seien auch von den Angestelltenorganisationen anerkannt worden. Die Entwicklung, die sich aus dem Zusammenschluß der Banken ergeben habe, sei auch für die Regierung nicht erfreulich gewesen. Man dürfe aber erwarten, daß das Kreditbedürfnis des Landes auch künftig volles Verständnis finden wird. In den Streit um Dr. Schacht wolle er, der Minister, nicht eingreifen. Aber die Gerechtigkeit gebiete es, auch auf die Verdienste hinzuweisen, die sich Dr. Schacht um Deutschland zweifellos erworben habe. Die Nationalisierung dürfe nur soweit gehen, als sie mit dem Volkswohl vertretbar sei. Eine Reform des Aktienrechts hält auch der Minister für notwendig.

Abg. **Wentz** (D. Vp.) unterstreicht im Schlußwort, daß er sich vor allem dagegen wenden wollte, daß ältere Angestellte überhaupt nicht mehr eingestellt werden. Es handle sich um 1400 Leute, die letztes Jahr zur Entlassung kamen. Der Redner wirft die Frage auf, ob nicht ein größerer Prozentsatz älterer Angestellten aus Baden in der in Basel neu zu errichtenden Bank für internationale Zahlungen untergebracht werden könnte.

Abg. **Rüdert** (Sozdem.) fordert den gesetzlichen Einstellungsdruck für ältere Angestellte.

Der kommunistische Antragsteller **Lechleiter** setzt sich im Schlußwort mit den übrigen Parteien auseinander.

Eingegangen ist folgender Antrag der Regierungsparteien: 1. Der Landtag nimmt von der Erklärung der Regierung Kenntnis und billigt sie; 2. er bittet die Regierung, alle möglichen Mittel anzuwenden, um weitere Entlassungen älterer Angestellten zu vermeiden; 3. den Antrag sod durch diese Beschlußfassung für erledigt zu erklären.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmhaltung der Nationalsozialisten angenommen.

Abg. **Lechleiter** (Komm. P.) ruft: „Schindluderei“. Er wird zum drittenmal zur Ordnung gerufen und muß den Saal verlassen.

Die nächste Plenarsitzung findet voraussichtlich erst übernächste Woche statt. Die kommende Woche soll für Ausschusssitzungen freigehalten werden.

Es sind im Haushaltsausschuß vom Innenministerium noch die Kapitel Handel und Gewerbe, sowie Landwirtschaft zu beraten.

Eingegangen ist ein Antrag **Duffner** (Zentr.) u. Gen., der die Regierung u. a. bittet, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß beim Abschluß von Handelsverträgen auf die Notlage der Landwirtschaft Rücksicht genommen wird.

Schluß der Sitzung gegen 1/2 Uhr.

Kein Sichtvermerk nach Tanganika

Die mit der Britischen Regierung getroffene Vereinbarung über die Aufhebung des Sichtvermerkwanges ist mit Wirkung vom 1. Januar 1930 auf das Mandatsgebiet Tanganika ausgedehnt worden.

Beleidigung des früheren Justizministers

In der Privatklage des ehemaligen badischen Justizministers **Dr. Trunt** gegen den Redakteur der *Wannheimer Volksstimme*, **Heinrich Harpuder**, wurde letzterer am Freitag vom Amtsgericht Karlsruhe wegen Beleidigung zu 30 Mk Geldstrafe verurteilt, weil er in einem am 23. September in der „Volksstimme“ erschienenen Artikel den damaligen Justizminister u. a. als „Hochtreuer, tonfus und Infant terrible der Zentrumsparthei“ bezeichnet hatte.

Aus der Landeshauptstadt

Das Rosenmontagsfest des Vereins *Karlsruher Presse* fällt in diesem Jahre auf den 3. März und soll auch diesmal wieder als vornehmes Kostümfest in den sämtlichen unteren Räumen des Hotel Germania begangen werden. Die Vorbereitungen für dieses stets den Höhepunkt der Faschingsaison bedeutende Fest sind in vollem Gange, und man darf erwarten, daß es seinen anerkannt hervorragenden gelungenen Vorgängern in keiner Beziehung nachstehen dürfte. Drei Tanzkapellen werden auf die wiederum besonders hübsch und originell ausgeschmückten Festtische verteilt werden, so daß die tanzlustige Welt auch bei starkem Andrang voll auf ihre Rechnung kommt. Dringend erwünscht ist, daß möglichst alle Besucher des Festes im Kostüm erscheinen (Gesichtsmasken nur soweit zum Kostüm unbedingt erforderlich), doch ist auch Gesellschaftsleitung zulässig. Die Einführung von Gästen ist gestattet; Gästelisten sind nach vorheriger Anmeldung in beschränkter Zahl bei dem Schriftführer des Vereins, Herrn v. **Sedendorf**, Badischer Handelshof (Zimmer 37) erhältlich. Da erfahrungsgemäß der Andrang zu dem Rosenmontagsfest des Vereins *Karlsruher Presse* sehr stark ist, dürften die Gästelisten wohl rasch vergriffen sein, und es empfiehlt sich daher, mit der Anmeldung nicht bis zu den letzten Tagen zuzuwarten.

Zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Verurteilung wurden von der Karlsruher Strafkammer der 22 Jahre alte ledige Schneider **Richard Ossi** aus Heilbronn und der 20 Jahre alte ledige Schreiner **Karl Friedrich Hummel** aus Freiburg wegen Mordbühnenbühnen und erwirkten Diebstahls Ossi zu 7 Jahren Zuchthaus und Hummel zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Den Angeklagten wurden insgesamt 36 gemeinjam ausgeführte Bauernhauseinbrüche zur Last gelegt.

Eine Schwarzbrennerei ausgehoben. Nach einer Meldung des „Bad. Beob.“ wurde von der Karlsruher Fahndungspolizei in der neuen Artillerielagerne (Moltkestraße) eine komplett eingerichtete Schwarzbrennerei entdeckt und 4000 Liter reiner Alkohol beschlagnahmt. Nach weiteren 10 000 Litern, die in der Brennerei hergestellt wurden, wird noch gesucht. Die gesamte Einrichtung der Schwarzbrennerei wurde ebenfalls beschlagnahmt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß des Ostseehochs hat Baden meist wolkenloses Wetter. Die Temperaturen stiegen tagsüber durch Einstrahlung in tieferen Lagen auf 5–6 Grad, in höheren auf 2–3 Grad über Null, während die Nachfröste bei uns –3 bis –4 Grad, im Gebirge und Saar aber –10 bis –12 Grad erreichten. Dabei liegt das ganze Massiv des Schwarzwaldes unter einer geschlossenen Schneedecke, die fast zur Ebene reicht. Die Druckverteilung ist im wesentlichen gleich geblieben. Wir behalten auch morgen die augenblicklich herrschende Witterung. Wetterausichten: Fortdauer des heiteren und trockenen Strahlungswetters.

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H., Kohlen, Koks, Brikett, Holz, Karlsruhe
Kaiserstraße 231
Fernruf 4854-56

Gemeinderundschau

Um die Raubkuren in den Sandorten

Die Bestimmung des neuen Fortsetzungsschreibens war, daß den einzelnen Gemeinden Raubkuren in ihren Gemeindegeldungen nur in landwirtschaftlichen Notjahren, wie sie von der Regierung anerkannt worden, genehmigt werden sollen. Von der badischen Regierung wurde das Jahr 1929 nicht als solches anerkannt. Nun ist aber in den Sandorten des Bezirks Wiesloch, besonders in Baldorf, St. Leon und Rot, durch die große Trockenheit des letzten Jahres die Futter- und Streuernte außerordentlich schlecht ausgefallen, so daß die meisten Landwirte dieser Gemeinden gezwungen waren, zu teuren Preisen auswärts Heu und Stroh zu kaufen. Die große Not der Landwirtschaft dieser Gemeinden, die im letzten Jahr durch den Verkauf von teurem Stroh besonders erschwert, veranlaßte diese Gemeinden, bei der Staatsaufsichtsbehörde um die Genehmigung einer Streunutzung in den Gemeindegeldungen von Baldorf und St. Leon nachzusuchen. Der Bezirksrat in Wiesloch, dem diese Gesuche in seiner letzten Sitzung zur Beratung vorgelegt wurden, konnte die Genehmigung nicht erteilen, da ihm die gesetzlichen Bestimmungen entgegenstanden. Der Bezirksrat stimmte schließlich dem Vorschlag zu, die Gesuche der beiden Gemeinden an die badische Regierung um eine ausnahmsweise Genehmigung in diesen notleidenden Gemeinden befürwortend zu unterstützen.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 22. Febr. Der 32 Jahre alte Oberstadtschreiber beim Mannheimer Fürstbischöflichen Hof, Gustav Weller, stand am Freitag vor Gericht. Weller war Verhandlungsbeamter bei der Abteilung für Ausstellung von Anweisungen auf Lebensmittel an Bedienstete. Er benutzte 11 schriftliche Anweisungen in Höhe von 5 und 6 M für eigene Zwecke. Es handelte sich um den bargeldmäßigen Betrag von 59 M, um den der Beamte die Gefahr einer mehrjährigen Zuchthausstrafe und Dienstentlassung auf sich lud. Er erhielt wegen erschwerter Amtsunterschlagung, erschwerter Urkundenfälschung und Betrugs eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten, dabei wurden ihm mildernde Umstände zuerkannt. Die Verfechtung von Urkunden, welche mit Zuchthaus zu ahnden ist, wurde verneint.

23. Heidelberg, 21. Febr. Die hiesige Oberrealschule kann im Jahre 1935 ihr 100jähriges Jubiläum feiern.

23. Schwetzingen, 21. Febr. Frau Kettstadt in New York, die kürzlich verstorben ist und in Schwetzingen Verwandte hat, vermachte der Schlossgartenverwaltung testamentarisch den Betrag von 1000 Dollar.

23. Freiburg, 21. Febr. Ausgehend aus einer gewissen Notlage heraus war es einem hiesigen Angestellten gelungen, durch eine von ihm gefälschte Arbeitsbescheinigung aus der Erwerbslosenversicherung und aus der Klasse für Pensionunterstützung, mit Einschluß der Beiträge an die Krankenkasse, 95 Reichsmark mehr herauszulassen, als ihm zustand. Es lag Betrug und Urkundenfälschung vor, wofür sechs Wochen Gefängnis verhängt wurden.

23. Waldshut, 21. Febr. Der Seidenweber Dreher, der unter dem Verdachte, seine Frau ermordet zu haben, steht, hat ein Teilgeständnis abgelegt. Er habe seiner Frau auf einem Spaziergang zum Rhein bei Dögern gestanden, daß seine Freundin Elisabeth Müller sich in anderen Umständen befinde. Seine Frau habe ihm heftige Vorwürfe gemacht. Er sei zum Rhein

gelaufen, wo er bis an die Kniee im Wasser gestanden sei, als seine Frau ihn herausziehen versuche, müsse sie ausgerutscht und von den Pluten des Rheins fortgerissen worden sein. Er habe es unterlassen, Rettungsversuche zu machen, obwohl das vielleicht möglich gewesen wäre. Insofern treffe ihn ein Verschulden. Seine Selbstmordabsicht habe er nicht ausgeführt, weil er zu feig gewesen wäre.

23. Konstanz, 21. Febr. Im Walde von St. Katharina wurde heute nachmittag die völlig nackte, mit Brandwunden bedeckte und zum Teil verfaulte Leiche eines unbekanntes Mannes aufgefunden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	21. Februar		21. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.78	168.12	167.78	168.12
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	112.04	112.26
London . . . 100 £.	21.915	21.955	21.91	21.95
Paris . . . 100 Fr.	20.345	20.385	20.343	20.391
New York . . . 1 D.	4.1860	4.1940	4.1855	4.1935
Brüssel . . . 100 Fr.	16.365	16.405	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	0.74	0.80	0.73	0.80
Wien 100 Schilling	58.12	59.04	58.925	59.45
Prag . . . 100 Kr.	12.394	12.414	12.392	12.412

Entwicklung und Bedeutung der Leipziger Messe

Über dieses Thema sprach am 17. Februar 1930 auf Einladung der Handelskammer Karlsruhe Herr Dr. Vogel vom Leipziger Messeamt im großen Sitzungssaal der Handelskammer Karlsruhe.

Der Vortragende schilderte, mit der Entstehung der deutschen Messen und Märkte überhaupt beginnend, die unendlich bis ins Jahr 1268 zu verfolgende Geschichte der Weltmesse in der zentral am Schnittpunkt großer, alter Handelsstraßen gelegenen alten Handelsstadt Leipzig. Schon in mittelalterlichen Zeiten schützten kaiserliche Privilegien die Freiheit des Handels zu Leipzig und verbürgten die Sicherheit des reisenden Kaufmanns. Deutsches Organisationstalent und kaufmännischer Weitblick verhinderten, daß die Messe durch die neue Wirtschaftsgestaltung ihre Bedeutung einbüßte, sie sorgten dafür, daß sie vielmehr zu dem wurde, was sie heute ist: die Herzschlagader der Wirtschaft. Die Zahl der Aussteller und der Besucher wuchs ganz außerordentlich. Heute stellen etwa 10.000 Firmen auf der Messe aus, von denen 10 bis 12 Proz. ihren Sitz auswärts haben, und 180.000 Besucher kamen zur vorjährigen Frühjahrsmesse, darunter wieder ein beträchtlicher Teil Ausländer.

Die Bedeutung der Messe liegt begründet in ihrer Universalität und Internationalität; kaum ein in Metern vorhandener Artikel, der nicht auf ihr zu finden ist, kaum ein Wirtschaftsland der Erde, das keine Besucher nach Leipzig entsendet. Zwei Umstände, die der Industrie in erster Linie zugute kommen, denn die größte Aufgabe der Messe liegt in der Exportförderung. Das Institut für Konjunkturforschung in Berlin hat interessante und erhaltene Feststellungen über die erfahrbaren direkten und indirekten Erfolge der Messe gemacht, die einer Messe- und Nachmessumsatz von 2 Milliarden Reichsmark nachweisen, von denen 1 Milliarde aus dem Ausland

kommt. Ein Neuntel des deutschen Fertigwarenexports gründet sich auf die Geschäfte der Leipziger Messe. Weiter ging der Redner auf die Gliederung der heutigen Messe ein: die ältere Mustermesse und die neue Technische Messe, die erste in Messehäusern der Innenstadt, die andere auf dem Technischen Messengelände mit seinen Riesenhallen und Freigelände. Die Mustermesse ist in 39 Messegebäuden untergebracht. Beide Messen sind den Grundrissen der Zentralisation und Branchenkonzentration untergeordnet.

Der Vermögensstand der landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG. Leubersdorf. Rechtsanwalt Hugo Löhr, der von der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG. mit der Vertretung beauftragt wurde, gab in einem Schreiben an die Gläubiger den Vermögensstand der Firma bekannt. Der Grundbesitz ist mit 316.000 RM belastet, so daß bei einer Verwertung mit einem Erlös von 219.000 RM gerechnet werden kann. Außerdem besitzt die Zentrale auf bahnieigenem Gelände drei Anwesen. Am Lagerhaus Wittigshausen besitzt die Zentrale einen Geschäftsanteil von 50.000 RM. Die Aufwände betragen nach Abzug der entsprechenden Abschreibungen 240.000 RM. Die Borräte dürften einen Wert von 270.000 RM haben. Werte an Wechseln, Effekten und Vorkonten sind in einer Höhe von 14.500 RM vorhanden. Die Gesamtsumme der Aktiva beträgt zusammen 835.000 RM. Dieser stehen Passiven in einer Gesamthöhe von 1.820.927 RM gegenüber. Es dürfte also mit einer Quote von etwa 40 Proz. gerechnet werden.

Sie entgehen der drohenden Teeverteuerung

(ca. 60%ige Zollerrhöhung)

wenn Sie jetzt einen genügenden Vorrat von Tee Marke „Teekanne“ anschaffen. (Bis 10 Pfund sind nachverzollungsfrei).

TEE MARKE, TEEKANNE bewahrt durch technisch vollendete Aluminiumverpackung auch bei längerem Lagern sein volles Aroma. (Schlecht verpackte lose Tees verlieren es und können durch Annehmen fremder Gerüche äußerst leicht verderben).



TEE KANNE

UNIVERSITÄT KÖLN

Sommersemester 1930 S. 186

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Rechtswissenschaftliche, Medizinische (auch vorläufige Semester) und Philosophische Fakultät, Kaufmännisches- und Handelslehrerstudium, Vorlesungsbeginn: Donnerstag, den 24. April. Die Einschreibefrist läuft vom 10. bis 30. April einschl. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Einsendung von 50 Rpf. (dazu 15 Rpf. Porto) bezogen werden.

Stadt. (Öffentl.) Sparkasse Königshofen, Baden

Bilanz auf 31. Dezember 1929 S. 185

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand . . .	10 404,17	1. Spareinlagen . . .	934 253,94
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassendamt . . .	21 151,70	2. Aufwertungs- und Rücklagen . . .	452 709,95
3. Wertpapiere . . .	3 222,85	3. Giro- und Kontoforrenteinlagen . . .	73 330,01
4. Wechsel . . .	816 451,21	4. Sonstige Einlagen . . .	16 500,—
5. Darlehen auf Hypotheken . . .	178 707,06	5. Anlehens- und andere Schulden . . .	6,80
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private . . .	80 459,17	6. Ausgabe-Rückstände . . .	40 723,05
7. Darlehen auf Schuldscheinen . . .	41 068,90	7. Rücklagen . . .	40 720,96
8. Darlehen an Gemeinden . . .	367 290,48	a) gesetzl. Reservefonds . . .	—
9. Umwertungsforderungen . . .	39 475,77	b) Rücklagen . . .	—
10. Einnahmerückstände . . .	4,—		
11. Grundstücke u. Gebäude . . .	1,—		
12. Gerätschaften . . .	1 558 244,71		
			1 558 244,71

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: 8% aus 1 007 583,95 RM Einlagen 80 606,71 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 81 444,01 RM
 Somit mehr 837,30 RM

Königshofen, den 12. Februar 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Hofmann. Der Geschäftsleiter: Stein.

Verwaltungsgehilfenstelle.

Die Stelle eines Verwaltungsgehilfen mit Erfahrung im Rechnungs- und Registraturdienst ist alsbald zu besetzen. S. 189

Die Einstellung erfolgt auf Privatdienstvertrag (ohne Dauerstellung). Bezählung nach Vereinbarung. Berufliche Vorbildung unbedingt erforderlich. Alter zwischen 20 und 22 Jahren. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis 1. März 1930 einzureichen.

Bürgermeisteramt Gengenbach. Rad.

Laubholzversteigerung.

Forstamt Schwetzingen, Donnerstag, 6. März, 10 Uhr, Hotel Adler in Schwetzingen, aus Distrikten Schwetzingen Harb, Ketscher Wald, Rheinwald u. Koller, 207 im Eichen, 62 Eichen, 60 Ulmen, 6 Ahorn, 16 Rotbuchen, 6

Magien, 30 Aspen- und 8 im fontigen Laubstammholz, 205 Eichen, 205 Kiefern, 205 Buchen, 205 Ahorn, 205 Eichenmispeln.

Rahlfäden durch das Forstamt. S. 204

200. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Hermann Freiheit in Karlsruhe, Inhaberin Hermann Freiheit Witwe, Elisabeth geb. Häuffer in Karlsruhe, Kaiserstr. 117, wurde heute, nachmittags 6 1/2 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Vöhrermeister Otto Marx in Karlsruhe, Handelshof, Marktplatz. Konkursforderungen sind bis zum 21. März 1930 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Freitag, den 14. März 1930, vorm. 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Dienstag, den 1. April 1930, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 1. Stod., Zimmer Nr. 40. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nicht mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 7. März 1930 anzugeben. Karlsruhe, 20. 2. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Berufsfürsorgeter

Die Stelle eines männlichen Berufsfürsorgeters beim Städtischen Fürsorgeamt ist alsbald neu zu besetzen. Die Einstellung erfolgt als Angestellter mit Privatdienstvertrag; Beförderung nach Gruppe V der städtischen Beförderungsordnung. Berufliche Vorbildung oder Erfahrung erwünscht.

Bewerbungen, auch von Versorgungsanwärtern, sind bis spätestens 28. Februar unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften hierher einzureichen. Persönliche Vorstellung ohne Aufforderung ist zwecklos und wird ausdrücklich verboten.

Der Oberbürgermeister der Stadt Offenb.,

Wohlfahrts-Geidlotterie zugunsten der Kinderhilfe in Baden-Baden

Bei der am 8. Februar 1930 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A. Gewinne von 100 bis 5000 Mark: 1828 (5000), 11840 (500), 14736 (100 und Prämie 1000), 28401 (5000), 32275 (100), 35910 (100), 35883 (100). — B. Gewinne zu 50 Mark: 7904 14887 20035 21131 21987 29174 29568 45419. — C. Gewinne zu 20 Mark: 4590 4890 86328 87090 87494 88361 88729 48141 48827 48229 48251. — D. Gewinne zu 10 Mark: 1493 1985 2795 3065 3228 3748 6106 6705 7059 7097 9004 10052 11712 13406 14745 15551 15670 19539 20255 21274 21874 22945 24027 24190 25885 26406 31843 32947 32492 32827 37471 37957 40671 43490 43986 46638 47674 48814 49029 49483. — E. Gewinne zu 5 Mark: 990 1222 1378 1696 2047 2268 2960 2445 2685 3497 3865 4611 6068 7368 7497 7908 7955 8145 8846 8864 8934 9498 9718 9979 10063 11314 11402 11807 12101 12298 12364 12858 12922 14314 14828 15046 17187 17819 18036 18741 19157 19269 19696 19851 20278 20643 20758 23117 23909 24347 25107 25798 26504 27581 27692 27759 27858 38140 38620 39665 39286 39450 31780 32215 34184 34862 35180 35602 35628 35864 36380 36381 36396 36961 36779 37313 38189 38538 38922 39479 39758 40120 41150 41441 42748 42765 42928 4742 47765 44533 44654 45420 45809 46965 46105 46220 46978 47383 47592 49098. — Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je 2 Mark: 004 017 060 098 128 198 206 214 270 278 314 399 412 440 508 509 531 555 578 695 631 642 679 706 747 895 898 810 835 847 882 885 894 959. Ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Mark: 10187 10944 29418 29756 42489 47130. Die Verlosung erfolgt durch Eberhard Feyer, Karlsruhe: i. B., Kreuzstr. 28

Montag, 24. Februar 1930

Volkshöhne 2

Das Glöckchen d. Eremiten
 Komische Oper v. Mailart
 Dirigent: Keilberth
 Regie: Ammermann
 Mitwirkende:
 Blank, Grünwald-Sejfert, Gröbinger, Hopfack, Kallbach, Kiefer, Laufötter, Löfer, Aras, Lindemann.

Anfang 19 1/2, Ende 22
 Preise C (1—7 RM)

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Di., 25. Febr.: Lobengrin.

Im Stadt. Konzerthaus

* Sonntag, 23. Februar 1930

... Vater sein dagegen sehr

Komödie von Carpenter
 Regie: Herz
 Mitwirkende:
 Genter, Rabemacher, Ziegler, Gebeisen, Janz, Seiling, Brand, Dahlen, Graf, Götter, Mehner, Schneider, Schulze.

Anfang 19 1/2, Ende n. 21 1/2
 I. Partett 4,10 RM

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr
 Sonntags
 3 1/2 und 8 Uhr

**Lokal-Revue
 Karneval 1930**

Anfang 19 1/2, Ende nach 22
 Preise D (1—8 RM)